

möglichst dem Parteigetriebe entzogene Liste von 14, reihen die Männer, etwa der Wissenschaft, der Kunst, des Beamtenstandes und der Wirtschaft ausstellen, auf die die Stimmen aller derer fallen, die von der Wahl fernbleiben. Auch diese Einfügung einer Gruppe von 14 in das Reichstagswahlrecht dürfte mit den Grundgedanken des Artikels 22 noch im Einklang stehen.

Diese Ausführungen sind nicht nur verfassungsrechtlich in mancher Hinsicht wenig stichhaltig, sondern ihre Tendenz ist auch staatspolitisch bedenklich. Würde z. B. beim Volksentscheid Fernbleiben von der Abstimmung Zustimmung bedeuten, dann würde, was ja wohl gerade den hinter der Reichsregierung stehenden Kreisen sehr gegen den Strich gehen würde, ein neues Volksbegehren, in dem die Entgegnung der ehemaligen Landesfürsten gefordert würde, nicht wie vor einigen Jahren abgelehnt, sondern glatt angenommen werden. Die „Volksentscheidung“ würde dann in verfassungsändernden Gesetzentwürfen geradezu Drogen sein.

Die Anrechnung der nicht abgegebenen Stimmen bei Reichstagswahlen zugunsten einer Regierungsliste würde sicher den Freieren, die heute sich mit allen Schikanen um die Festlegung der „autoritären Staatsführung“ bemühen, dann sehr wenig passen, wenn die Regierung etwa aus Sozialisten bestünde, was bei 25 Millionen für die NSDAP, die SPD und die SPD abgegebenen Stimmen, die jetzt zu verzeichnen waren, immerhin einmal nicht ganz ausgeschlossen sein könnte. Die heutigen „Kronjuristen“ begehen überhaupt wie die Regierung und die sie stützende Presse den Fehler, daß sie alle Verfassungsfragen nur von dem Gesichtspunkt aus anpacken, ob ihren augenblicklichen Wünschen dadurch entsprochen werden könnte. Im übrigen enthält Artikel 48 nicht nur den kautschukhaften Absatz 2, nach dem der Reichspräsident bei erheblicher Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (worunter man alles Mögliche zu verstehen sucht) die zu ihrer Wiederherstellung nötigen Maßnahmen treffen kann, sondern auch noch den Absatz 3, wonach der Reichspräsident von diesen Maßnahmen unverzüglich dem Reichstag Kenntnis geben und sie auf Verlangen des Reichstages außer Kraft setzen muß.

Die Vorschläge Jellineks bezüglich einer Veränderung des Wahlrechts sind mit dem Artikel 22 der Reichsverfassung unvereinbar, abgesehen allerdings von dem Wahlbarkeitsalter, das nicht in der Reichsverfassung, sondern im Reichswahlgesetz auf 25 Jahre festgelegt ist, wobei aber wie bei allen anderen Anregungen dieses Staatsrechtslehrers die Veränderung

auf Grund des Artikels 48 kaum statthaft sein dürfte, da eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch 25-jährige Reichstagsabgeordnete bisher noch in keinem einzigen Falle nachweisbar ist. Sollte aber das Wahlbarkeitsalter überhaupt eine solche Gefährdung darstellen, warum dann nicht es gleich auf 70 Jahre festsetzen, wo die bösen Menschen doch im allgemeinen nicht mehr so gefährlich sind? In ein durch die Verfassung festgelegtes Wahlrecht, das die allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahl nach den Grundgedanken der Verhältniswahl vorsieht, paßt nicht das englische Wahlverfahren hinein und auch nicht die Zählung der Stimmen der Nichtwähler. Wie könnte in letzterem Falle noch von einer Geheimhaltung der Abstimmung die Rede sein, wenn jedermann weiß, daß derjenige, der nicht wählt, für die Regierungsliste stimmt? Willkür, wie wir sie in den ersten Jahrzehnten nach der Einführung des alten Reichstagswahlrechts in ostelbischen Gebieten, aber auch anderswo hatten, würde sofort wieder Tür und Tor geöffnet werden. Der Mißbrauch, des Druckes auf abhängige Wählerkreise, würde kein Ende sein.

Was Jellinek für die Herstellung einer engeren Verbindung Preußens mit dem Reich vorschlägt und nach seiner Meinung sich im Rahmen der Reichsverfassung gestalten läßt, ist folgendes: „Man ändere“, schreibt er, „sei es unter dem Druck des Reiches auf landesgesetzlichem Wege, sei es auf dem Wege über die Reichsverfassung — Artikel 48

— die preußische Verfassung dahin, daß Preußen einen über dem Staatsministerium stehenden Landespräsidenten erhält und daß der Reichspräsident immer zugleich preußischer Landespräsident sein muß. Einen solchen vom Vertrauen des Landtages unabhängigen Landespräsidenten verbietet Reichsverfassungsartikel 17 nicht. Da die Landtagsauflösung zu den Befugnissen des neu geschaffenen Landespräsidenten gehören würde, würde eine Störung der preußischen Regierung nicht so leicht möglich sein.

Daß die Befolgung dieses Vorschlages mit dem föderativen Aufbau des Reiches, der voraussetzt, daß die Länder ihre inneren Angelegenheiten im Rahmen der Reichsverfassung selber regeln, nicht im Einklang zu bringen sein würde, liegt auf der Hand. Im übrigen hätten wir das Geschrei der heutigen Verfassungsreformer hören und die Klagen vor dem Staatsgerichtshof erleben müssen, die solche Veränderungen mit Druck oder mit Hilfe des Diktaturartikels hervorgerufen hätten, wenn die politischen Antipoden der Diktaturtraktanten unserer Tage etwa, als Ebert Reichspräsident war, es unternommen hätten, so mit Preußen umspringen, wie es jetzt die große Mode bei der noch an der Macht befindlichen Volksminderheit ist.

Mehr auf die Ausführungen Jellineks zu sagen, kann man seinen Kollegen auf den Vortragsstühlen des Staatsrechts überlassen. Wir betrachten sie genau wie die Reformversuche der derzeitigen Regierung als Vorfälle in den Luftleeren Raum.

England für faires Entgegenkommen auf Deutschlands Gleichberechtigungsforderung.

Wichtige Erklärungen Sir John Simons.

London, 10. November.

Im Unterhaus fand heute die mit großer Spannung erwartete außenpolitische Debatte statt. Major Attlee brachte einen Antrag der Arbeiteropposition ein. In der Begründung führte er u. a. aus, daß die Abrüstungskonferenz keine Fortschritte mache. So habe sich der ganze Landes einseitige Enttäufung bemächtigt. Die englische Regierung

mühte der Konferenz eine entschiedene Führung geben. Zu der Forderung Deutschlands auf Gleichberechtigung sagte der Redner, die Antwort des Staatssekretärs des Auswärtigen auf die deutsche Forderung sei als höchst ungünstig zu bezeichnen; denn es treffe nicht zu, daß die Forderung in einem ungeeigneten Augenblick vorgetragen worden sei. Jedermann erkenne seiner Meinung nach an, daß England grundsätzlich Deutschland die Gleichberechtigung nicht verweigern könne. Allerdings sei fraglich, ob Gleichberechtigung oder Aufrüstung bedeuten werde.

Der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir John Simon, nahm in seiner Stellungnahme zu dem Antrag Bezug auf den französischen Plan und die kürzlich in London stattgefundenen Konferenzen. Der Plan stelle eine entschiedene Bemühung dar, dem deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung zu entsprechen. Die Bezugnahme des Plans auf den Briand-Kellogg-Pakt fordere sorgfältigste Überlegung.

Simon erklärte, er sei sich klar darüber, daß die Deutschland auferlegten Beschränkungen die Absicht zeigten, als Vorläufer der allgemeinen Abrüstungsbeschränkung zu dienen.

Da eine Unebenheit zwischen den Nationen der Welt für eine Herabsetzung oder Beschränkung der Rüstungen erwogen werde, fordere Deutschland — und nach seiner, Simons, Ansicht, eine natürliche Forderung —, daß die Methoden der Beschränkung, die in seinem Teile angewandt worden seien oder angewandt werden würden, nicht länger von denen anderer Nationen verschieden sein sollten.

Gegen Schluss seiner Ausführungen verlas Simon eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Mit Bezug auf die Regelung der Schwierigkeiten,

die sich aus der deutschen Gleichberechtigungsforderung ergeben,

regt die britische Regierung an, daß Hand in Hand mit einem fairen Entgegenkommen in Deutschlands Anspruch auf den Grund der Gleichberechtigung die europäischen Staaten sich in einer freiwilligen Zustimmung vereinigen sollten, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, irgendwelche gegenwärtigen oder künftigen Schwierigkeiten unter sich durch Zwang auf Gewalt zu lösen.

Die Anerkennung des moralischen Rechtes Deutschlands auf Gleichheit der Behandlung mit anderen Nationen brächte für Deutschland u. a. die Annahme dieser entsprechenden Verpflichtung mit sich.

Ausgehend von der Annahme, daß eine solche Verpflichtung gegeben wird, möchte ich, ganz deutlich die Ansicht zu erklären, die die Regierung bezüglich des Weges gefaßt hat, auf dem der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung erhoben werden soll. Drei große Punkte müssen erwogen werden.

1. Die Frage, ob die Beschränkung der deutschen Rüstungen in dem gleichen Dokument ausgedrückt werden sollte, wie die Beschränkungen der Rüstungen anderer Nationen. Ich glaube, daß die Beschränkungen der deutschen Rüstungen in derselben Abrüstungskonvention enthalten sein sollten.

Das bedeutet, daß die Artikel im Teil 5 des Versailler Vertrages, die gegenwärtig Deutschlands Waffen und Streitkräfte beschränken, außer Kraft gesetzt werden.

Der 2. Punkt betrifft die Dauer der Konvention. Wir sind der Ansicht, daß die neu ausgedrückten Beschränkungen für Deutschland die gleiche Zeit dauern sollten und den gleichen Methoden der Revision unterliegen sollten wie diejenigen anderer Länder.

Es würde keine praktische Politik sein, und es würde das gegenteilige Ergebnis hervorbringen, als was manche Leute sich vorstellen, wenn irgendjemand versuchen sollte, eine dauernde Vorschrift für eine große Nation zu machen, während sie für sich selbst und ihr Volk nur eine beschränkte Periode der Wirksamkeit forderten.

Der 3. Punkt betrifft das Problem der Gleichberechtigung in der Frage der Kriegsmaterialien.

Deutschland hat erklärt, es habe keine Absicht, aufzurüsten, sondern möchte lediglich, daß grundsätzlich die Art der Rüstungen, die anderen Ländern gestattet ist, nicht ihm selbst verboten sei. Wenn Gleichberechtigung eingeräumt werden soll, dann muß dieses Prinzip anerkannt werden.

England ist bereit, seine Bereitwilligkeit zu erklären, in Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedern der Abrüstungskonferenz darauf zu sehen, daß dieser Grundgedanke in die neue Konvention einbezogen wird. Durch welche Mittel und in welchen Etappen dieser Grundgedanke angewandt werden kann, soll Gegenstand von Aussprachen in Genf sein. Es ist absolut notwendig, daß Deutschland an diesen Diskussionen teilnimmt.

In der Zwischenzeit wolle er für die Regierung folgende zwei Punkte klar machen:

1. Das Ziel der Abrüstungskonferenz sei, ein Maximum politischer Abrüstung zu erreichen, auf das man sich allgemein einigen könne, und nicht, im Namen der Gleichberechtigung Zunahmen in der bewaffneten Stärke zu autorisieren.

2. Könne die volle Verwirklichung des Grundgedankes der Gleichheit praktischer Weise nicht auf einmal erreicht werden. Ein praktisches Programm der Etappen sei notwendig. Einmal würden gleiche Grundregeln auf die Fälle von Österreich, Ungarn und Bulgarien angewandt werden.

Zum Schluss erklärte Simon, das britische Ziel sei, Deutschland zur Abrüstungskonferenz zurückzuführen.

Er hoffe, Ende der Woche in Genf zu sein; denn die Abrüstungskonferenz müsse so früh wie irgend möglich Gelegenheit erhalten, zu erfahren, welche Methoden und Verfahren die britische Regierung zur Ausarbeitung des französischen Planes vorzöge.

Neuer preußischer Appell an die Reichsregierung.

Der Konflikt Preußen-Reich vor dem Reichsrat.

Berlin, 10. November.

Nach mehrmonatiger Pause trat am Donnerstagabend der Reichsrat wieder zu einer Vollversammlung zusammen. Der Antrag der Öffentlichkeit war ungewöhnlich stark, da man eine Auseinandersetzung zwischen dem Reich und Preußen erwartete. Für die Reichsregierung war Reichsminister Freiherr von Gayl in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Zweigert und des Ministerialdirektors Gottscheiner erschienen, für Preußen die Ministerialdirektoren Dr. Brecht, Dr. Badt und Dr. Cohnmann.

Erklärung der preußischen Staatsregierung.

Nachdem Freiherr v. Gayl die Sitzung eröffnet hatte, nahm sofort

Ministerialdirektor Dr. Brecht

das Wort, um für die preußische Staatsregierung eine Erklärung abzugeben.

Seit mehr als drei Monaten hat der Reichsrat, so führte er aus, nicht tagen können, weil die Reichsregierung durch ein, wie nunmehr feststeht, mit der Reichsverfassung nicht im Einklang stehendes Vorgehen die preußische Staatsregierung an der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten im Reichsrat verhindert hat. Es war der Wunsch der preußischen Staatsregierung, das vergangene im Reichsrat still zu übergehen. Sie hat daher in eine Aufhebung der ersten Vollversammlung des Reichsrats bis auf mehr als zwei Wochen nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes gewilligt. Leider ist es in diesem langen Zeitraum trotz des größten Entgegenkommens der preußischen Staatsregierung bis heute nicht gelungen, eine befriedigende Regelung herbeizuführen. Auf Wunsch von Persönlichkeiten aus der Mitte des Reichsrats, die sich um eine solche Regelung bemühen, und die Hoffnung haben, daß sie bis Sonnabend zustande kommt und im Interesse anderer letzter Verluste um eine Verhängung steht die preußische Staatsregierung davon ab, die Sachlage heute genauer darzustellen. Sie begnügt sich mit folgenden Feststellungen:

Der Staatsgerichtshof hat den Vorwurf der Pflichtverletzung gegen das Land Preußen in vollem Umfang für unbegründet erklärt. Es gibt also keine Reichsexekution gegen Preußen. Der Staatsgerichtshof hat ferner festgestellt, daß die auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 bestimmten Reichskommissare niemals Landesregierung werden und auch niemals an die Stelle der Landesregierung treten können. Wenn Reichskommissare Zuständigkeiten übernehmen, so können sie dies nur in der Weise tun, daß sie der Landesregierung vorübergehend auf das Reich übertragen.

Die Reichsregierung führt diese grundsätzlichen Gesichtspunkte der Entscheidung des Staatsgerichtshofes grundsätzlich nicht an. Die Reichskommissare bezeichnen sich weiter als kommissarische Landesregierung. Sie erlassen unter der Dienstbezeichnung preußischer Minister und des preußischen Staatsministeriums ihre Schreiben, Verfügungen und Verordnungen. Auch im übrigen verfahren sie der preußischen Staatsregierung die Weiterleitung in ihrer Eigenschaft als Landesregierung noch immer in vollem Umfang.

Diese Lage berührt in einem solchen Maße die Grundlagen der geltenden Reichsverfassung, insbesondere der Rechtsstellung der Länder, daß die preußische Staatsregierung für verpflichtet hält, dem Reichsrat hiervon Kenntnis zu geben.

Die Reichsregierung hat ihre Maßnahmen auch als Eingriff in die Reichsreform zu rechtfertigen versucht.

Die Behandlung, die zurzeit der preußischen Landesregierung zuteil wird, ist eine schlechte Vorbereitung auf eine autorisierte Reform.

Auch ist Artikel 48 Absatz 2 nicht dazu da, die Reichsreform durchzuführen. Zumindest hätte also die Reichsregierung gleichzeitig den Entwurf eines Gesetzes über die Reichsreform dem Reichsrat als dem verfassungsmäßig vorgesehenen Wege zur ordnungsmäßigen Beschlussfassung vorlegen müssen. Die Reichsregierung hat aber mehr als drei Monate lang nichts getan, um diese Angelegenheit, ohne dies zu tun, auf diese Weise eine günstige Erledigung des großen Wertes nicht gefördert, sondern im Gegenteil schwer gefährdet.

Die preußische Staatsregierung hat nicht nur die Rechte der gegenwärtigen, sondern auch künftiger preußischer Staatsregierungen zu wahren. Sie richtet als Mitglied des Reichsrats von dieser Stelle aus

nachmals an die Reichsregierung die dringende Forderung, die unbedingten Sondermaßnahmen in Preußen aufzuheben, mindestens aber die Entscheidung des Staatsgerichtshofes in lokaler Weise durchzuführen

und die Staatsautorität, die nicht nur in der Reichsregierung, sondern auch in den Landesregierungen verkörpert ist, selbst vorbildlich zu achten.

Darauf erwiderte

Reichsinnenminister v. Gayl.

Die ganze Angelegenheit gehört nicht vor das Forum des Reichsrats, sondern bleibt, wie bereits das Urteil des Staatsgerichtshofes festgestellt hat, Sache der Vereinbarung zwischen den Beteiligten, das sind das preußische Staatsministerium und der Reichskommissar. Der Reichsanwalt hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen in Gegenwart des Reichspräsidenten bereits gelegentlich seiner Aussprache mit dem Ministerpräsidenten Dr. Braun die lokale Durchführung des Urteils des Staatsgerichtshofes zugelegt. Die Verhandlungen über die Einzelheiten, die bereits seit längerer Zeit gepflogen worden sind, werden demnach in einer neuerlichen Verhandlung, die der Reichskommissar inzwischen angeregt hat, einen vollständig befriedigenden Abschluss finden.

Der Standpunkt der übrigen Länder.

Die bayerische Staatsregierung steht, wie der Gesandte v. Freger mitteilte, auf dem Standpunkt, daß die Urteile des Staatsgerichtshofes in dem Geiste vollzogen werden müssen, in dem sie erlassen worden sind. Bayern wolle sich, so erklärte der Gesandte weiter, auf diese grundsätzliche Bemerkung beschränken und im übrigen den unmittelbaren Beteiligten die Regelung der Einzelheiten im Sinne einer gütlichen und lokalen Einigung überlassen. Zu dem zweiten Teil der preußischen Erklärung werde Bayern in der Aussprache am 12. November ausführlich Stellung nehmen. Der württembergische Gesandte Bosler stimmte dieser Erklärung zu und bemerkte, der Reichsanwalt habe ihm in einer persönlichen Unterredung nach Erlaß des Reppinger Urteils erklärt, daß es entsetzlich sei, das Urteil anzuwenden und in seinen Konsequenzen zu erfüllen, insbesondere auch im Verhältnis der alten preußischen Regierung zum Reichsrat. Da er nicht in der Lage gewesen sei, nach der preußischen Erklärung mit seiner Regierung in Verbindung zu treten, könne er über die Modalitäten weitere Ausführungen nicht machen. Die Vertreter Sachsens, Hessens, Hamburgs und der Rheinprovinz gaben ebenfalls noch kurze Erklärungen ab, in denen dem Wunsch Ausdruck gegeben wurde, daß das Urteil des Staatsgerichtshofes von allen Beteiligten lokal ausgeführt werde und daß es insbesondere in der für Sonnabend anberaumten Aussprache möglichst sein werde, die Meinungsverschiedenheiten beizulegen.

Das Schreiben des Reichsanwalts über die Ernennung von Dr. Brecht und Dr. Papst zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich wurde auf Antrag Preußens dem Haushaltsausschuß übergeben, um diese Frage nach der ehrschriftlichen Seite zu behandeln. Der Reichsrat erledigte dann eine Anzahl kleiner Vorlagen.

Der Aufruhr in Genf.

Unruhen auch in Lausanne.

Genf, 10. November.

Die blutigen Zwischenfälle, die sich in der vergangenen Nacht hier ereigneten, haben ihren tieferen Grund in der ungeheuren Spannung, die seit längerer Zeit latent zwischen den bürgerlichen Gruppen und der sozialistisch-kommunistischen Bewegung in Genf besteht. Die Niederlage, die kürzlich die sozialistisch-kommunistische Bewegung in einer von ihnen beantragten Volksabstimmung über Steuerbefreiung aller Einkommen unter 7000 Franken erlitten hat und die Angriffe, die der Sozialistenführer Nicol in letzter Zeit in immer härterer Weise in dem Arbeiterblatt „Travail“ gegen die Verwaltung und das Bürgerum richtete, hatten eine Gegenströmung hervorgerufen, die schließlich zur Einberufung einer großen öffentlichen Versammlung unter Führung der konföderativ-bürgerlichen Bewegung, der „Union nationale“, am Mittwochabend führte. Nicol hatte zunächst an die Behörden die Aufforderung gerichtet, diese Versammlung nicht zuzulassen, eine Aufforderung, der der Staatsrat nicht nachkommen zu können glaubte. Die Veröffentlichungen des „Travail“ in den letzten Tagen ließen keinen Zweifel mehr darüber, daß die unter Führung Nicols stehende Bewegung entschlossen war, entweder das Zustandekommen der Versammlung der „Union nationale“ zu verhindern oder gegen Demonstrationen zu veranlassen. Nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen hatten die kommunistischen und sozialistischen Führer in der Nacht zum Donnerstag folgende Weisungen erteilt:

1. Befragung sämtlicher Cafés in der Umgebung des Saales, in dem die Versammlung der „Union nationale“ stattfand.

2. Entsendung eines Sturmtrupps in die Versammlung und Befreiung des Saales.

3. Unterbrechung der Versammlung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

4. Widerstand selbst mit Gewalt gegen jeden Versuch der Polizei, die Ordnung im Saale wiederherzustellen oder außerhalb des Saales die Kundgebungen der Massen zu verhindern.

5. Befreiung der Straßen und allgemeinen Vorgehen gegen die Truppen.

Seitens nachmittags wurden in aller Eile noch Trupps verteilt und

die Manifestanten wurden aufgefordert, sich mit Pfeffergeschossen auszurüsten, um die Polizei an der Aufrechterhaltung der Ordnung gegebenenfalls zu hindern.

Die Behörden hatten rechtzeitig Vorkehrungen getroffen, um allen Eventualitäten begegnen zu können. Außer einem großen Aufgebot von Polizisten, die schon sehr früh Absperremaßnahmen vornahmen, wurden im Laufe des gestrigen Nachmittags 600 Mann aus der Rekrutenschule in Lausanne nach Genf geführt. Während die von der „Union nationale“ einberufene Versammlung ohne größere Zwischenfälle verlief, entwickelte sich auf der Straße schon vor Beginn der Versammlung größere Tumulte. Der anarchoistische Führer Trombador hielt aus den Schaltern seiner Kameraden eine Ansprache, in der er erklärte, der Sozialismus hole zu einem Schluß gegen die Genfer Arbeiterklasse aus. Eine ungeheure Erregung entstand unter den Teilnehmern der Gegenversammlung, als Nicol, der offizielle Führer

der Genfer Sozialisten, in den Straßen erschien. Er wurde mit einem ungeheuren Beifall empfangen. Nicol hielt eine Ansprache, worin er erklärte, daß

die Stunde für die Revolution gekommen sei. Er forderte die Masse auf, nicht von der Straße zu weichen.

Nach der Rede Nicols wurde der zur Absperzung aufgestellte Polizeikordon in immer härterer Weise bedrängt. Verschiedene Polizeibeamte wurden verletzt. Als die Lage für die Polizei immer bedrohlicher wurde, forderte der Polizeikommandant Verstärkungen an. Eine daraufhin eingeleitete Rekrutenkompanie, die mit Maschinengewehren ausgerüstet wurde, wurde von der Menge mit feindseligen Rufen empfangen. Die Menge verlangte, den Soldaten die Gewehre zu entreißen. Ein Offizier und mehrere Soldaten wurden dabei verwundet. Daraufhin machte die Truppe die Maschinengewehre schußfertig und als die Menge der Aufforderung, sich zu zerstreuen, nicht Folge leistete, wurde scharf geschossen.

Eine große Anzahl von Teilnehmern an der Kundgebung und Unbeteiligte wurden dabei verletzt und mußte transportiert werden. Unter den Toten befinden sich auch zwei Kranenträger.

Nach den letzten Meldungen beträgt die Zahl der Toten zwölf, die der Verletzten über 60. Auch in Lausanne ist es zu sozialistischen und kommunistischen Unruhen gekommen. Als nach 10 Uhr abends die Vorgänge in Genf bekannt wurden, hielt der Kommunist Jeannequin-Mintine eine Protestansprache auf der Straße. Hierbei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei.

In den großen Schweizer Städten Bern, Basel und Zürich herrscht heute unter der Bevölkerung größte Unruhe. Die Behörden wollen jedoch zuhau abwarten, welche Haltung die Sozialisten und die Arbeiterklasse einnehmen.

Der Hauptführer verhaftet.

Genf, 10. November.

Der Führer der Sozialisten, Nicol, der Hauptverantwortliche für die blutigen Vorgänge der vergangenen Nacht, ist am Donnerstag vormittag verhaftet worden. Nicol, der sich gerade im Bad befand, leistete heftigen Widerstand und erging sich in schweren Schmähen gegen die Genfer Regierung. Er wird der Gefährdung der Staatsicherheit und der Aufforderung zum Aufstand beschuldigt. Die Verhaftung erfolgte trotz der Tatsache, daß Nicol im Nationalrat ist und damit die Immunität des parlamentarischen Abgeordneten genießen dürfte. Auch gegen die kommunistischen Führer Ledeb und Trombador wurde Haftbefehl erlassen, der noch nicht ausgeführt werden konnte, weil die beiden Führer nicht aufgefunden werden konnten. Auf Anordnung des Bundesrates bleibt die gefasste Genfer Garnison vorläufig unter Waffen, um für den Fall neuer Unruhen sofort eingesetzt werden zu können. Am Donnerstag vormittag herrschte in Genf vollständige Ruhe. Die Bevölkerung ist über die gestrigen Ereignisse tief beunruhigt. Allgemein wird der Ausbruch eines neuen Bürgerkriegs befürchtet. Es ist bisher jedoch noch zu keinen neuen Anführungen oder Streiks gekommen.

Aus

p. Bosholt, 1. ten in eine Witze brechen und hat zu beiseiten. merte die Poliz das Weite geuch

= Bosholt, 1. der nächsten We Kirchengemeinde letzte ist vom Hei wärmstens empfo

= Bosholt, 11 blutigen werden Tiere zu dem Stutenprämier an das Westfä (Engelstraße 28)

Aus

Vom Tode

wurde eine Gesch folge eines O Spülbrüde a war. Der Ungh die Frau als vern beamtet auf die entbedte er sie in Wiederbelebung

Der

bo. Bosholt, 1. Donnerstag hat d Spiel gegeben. M Frost. Die Wume freuten, senken a sie spürten schon d erlärten läst. L Metter — wenn n Sonntag dauern; Sturmwind auf d daß wieder einen nehmen wird.

Macht p

Auch die R

Vom Mittelst

hinzuweisen, daß es kommen ist, daß G legentlich logar n ihren Laden offen Da diese Unzutügl demnach ist leiten l werden, ob der Lad sei noch besonders t der Geschäftsräume ausgenüht werden b bedienen. Wer au Hauptkreditgeber hnd merklich gemacht, d Käufer Kassaba Einkäufe tätigen. S nächst auf eine ver schluß an Sonn hier sind wiederholt vorgekommen.

Dereine u

Balaiaaardfester teinennereins. Un ausfallen, da der S nukt wird. Nächste Lehngruppe Mittwoch

Quartettverein V 8.45 Uhr Gesangspro wichtige B eipre fämlicher Sänger u

Berein Hl jugen abend 8.15 Uhr ist in St. Klara. — M abend im Jugendhe

Heute „Mig

Es wird noch ei heutige Vorführung u 8.15 Uhr werden d darum dem Publikum zeitig einzufinden.

Dingden

I. Der Arbeiterve nachmittags 5 Uhr, Es wird um zahlre

Rhede

!! Hohes Alter. Johann Franz m. Jubilar ist geitig u er Mitbegründer d ihm der gemischte Ch

Bängern

!! Einbruchobsthe tag wurden aus dem 150 Pfund Kefel jede Spur.

Borken

!! Marktbericht v 72 Pferde und Fohlen. Es folgten: Pferde 2 1/2 jährige Pferde 30 bis 300 M.; Rindvieh 100 bis 150 M.; Schweine 100 bis 150 M. und Krammaffi am 2

Verantwortlich für den Jenseits: für Volltext-Beitragende Dr. W. A. J. für den Jenseits: für Volltext-Beitragende Dr. W. A. J. für den Jenseits: für Volltext-Beitragende Dr. W. A. J.



Turnverein „Phönix“
Zu dem am Sonntag, dem 18. Nov.,
im Großen Kurfürsten stattfindenden

36. Stiftungsfest

laden wir hierdurch unsere Mitglieder
herzlich ein.

Anfang der turn. Vorführungen 4 Uhr,
anschließend

Tanzkränzchen.

Der Vorstand.

Nur durch Mitglieder eingeführte
Fremde haben Zutritt. (8077g)

Schlachtgewürze

frisch gemahlen.
Papierdärme, Würstchen,
Bindfäden,
erhalten sie in der

Drogerie Bruns
Nordstrasse 22 Ruf 2746

Dorsch-Lebertran-Emulsion

Ich führe nur bewährte Marken erster
Häuser, p. Flasche 1.10, 1.50, 1.80, 3.—
Vieh-Lebertran
mit Phosphorgehalt, jedes Quantum vom
Fab.

Stern-Drogerie

August Steiner, (8076g)
Markt 2, Ecke Ravardstr.

SUDERWICK

Viehlempfängerische Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauen-
seuche wird auf Grund der §§ 18 ff. des Vieh-
seuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S.
519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers für
Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes
bestimmt:

Die Sperrmaßnahmen, welche verhängt
waren in dem Seuchenfall des Gutsbesizers
Bernhard Janßen (Suderwick) werden mit
Wirkung ab 9. 11. 1932 aufgehoben.

Das Beobachtungsgebiet bleibt
vorerst bestehen.
Für das Beobachtungsgebiet gelten die
Bestimmungen der Viehlempfängerischen
Anordnung des Herrn Reichspräsidenten
in Münster vom 19. Mai 1932 (R. G. Bl. S.
93), die in Abhängigkeit von der Sperre
betroffener Gemeinden ausgehängt sind
(Gefährten) und des § 166 B. V. G.
vom 1. Mai 1932.

Borken, den 9. November 1932.

Der Landrat.

Am 8. 11. 1932 ist bei der Firma Johann
Borgers Aktiengesellschaft, Bocholt
(H. R. B. 87) eingetragen: In der Generalver-
sammlung der Aktionäre vom 2. April 1932
ist beschlossen worden, die durch Artikel VIII
der Verordnung des Reichspräsidenten über
Aktienrecht vom 10. September 1931 außer
Kraft gesetzten Bestimmungen des Gesellschafts-
vertrages über die Zusammenlegung und Be-
stellung des Aufsichtsrats und über die Vergüt-
ung an dessen Mitglieder beizubehalten.

Preuß. Amtsgericht Bocholt.

Für Selbststrasierer

meine guten Rasierkliegen.

Marke Besta . . . 10 Stück 25 Pfg.
Marke Best . . . 10 . . . 50 Pfg.
Die Düse . . . 5 . . . 50 Pfg.
Magna Extraklasse 5 . . . 75 Pfg.

sowie sämtliche Marken-Klingen
Mond-Extra, Rohbart, Gillette.

Drogerie Bruns

Nordstr. 22. Ruf 2746.

Zur gest. Beachtung!

Wenn unter einer Anzeige steht:
„Offerten unter Nr. . . . an die
Geschäftsstelle“
bedeuten wir Ihnen den Namen des
Auftraggebers nicht angeben. Fragen
Sie deshalb nicht! Sie ersparen uns
Arbeit und Ihre Zeit und Nerven!

St. Antonius- Schützenverein

Am Sonntag, dem
13. Nov., morgens
pünktl. 10.30, im Ver-
einslokal Kranefeld
außerordentliche

Mitglieder- versammlung

Wegen der Wichtig-
keit der Tagesordnung
wird um pünktliches
Erscheinen dringend ge-
beten. (8079g)

Der Vorstand

Technikum
Longo & Lippe

Arbeiter- wohnhaus

Mittelpunkt d. Stadt
zu verkaufen.
Näheres in der Ge-
schäftsstelle ds. St.

Eshe guterhaltener
mittelgroßer (8074g)

Dauerbrenner

Gasofen
kann eingetauscht
werden
Näheres in der Ge-
schäftsstelle ds. St.

Freibaut.

Heute Freitag nach-
mittag 2.30 Uhr Ver-
kauf von (8070g)

Schweinefleisch



Immer gut
Nie teuer



Wolke-Schuhe

werden nicht ohne Grund von Tau-
senden und aber Tausenden ge-
tragen, denn wer schätzte nicht
eine Einsparung im Einkauf — ohne
auf Schönheit und Güte verzichten
zu müssen? Wolke-Schuhe für
Damen, Herren und
Knaben ab 6.90

Schuhhaus Leiting

Osterstraße 45/47
Gegründet 1886. Telefon 2448.
Größtes Schuhhaus am Platze.

Lee Parry, Magda Schneider
Georg Alexander, Hermann Thimig
das sind die Hauptdarsteller aus der neuen ab heute

Freitag, Samstag, Sonntag und Montag
im

Capitol-Theater

zur Aufführung gelangenden Ton- und Sprechfilm-Operette



Ein bißchen
Liebe für dich
(Zwei glückliche Herzen).

Glück und Freude wird dieser Film allen bereiten, die ihn
sehen. Es ist ein reizender Lustspielstoff nach dem erfolg-
reichen Bühnenstück: „Geschäft mit Amerika“, mit der Musik
eines der populärsten Komponisten der Jetztzeit

Paul Abraham. (8076b)

Kein Geld haben heute viele Leute. Wie man aber auch
ohne Geld Geschäfte macht und Geld verdient, zeigt der zweite

Ton- und Sprechfilm:

Eine Nacht im Grand-Hotel

(König für eine Nacht).

Die lustige Geschichte einer Verwechslung beim Souper mit
Kurt Gerron, Max Schipper, Maria Eggert u. Ulrich Lottke.

Außerdem das übliche Beiprogramm!

Geöffnet: Wochentags ab 5 Uhr,
Sonntags ab 2 Uhr.

Ab Dienstag vollständig neues Programm.

In 8 Tagen

Von schwerem Husten und starker Verschlei-
mung befreit. Das Beste, was ich gefun-
den. Alles versagte, nur Husta-Glycin hat
geholfen. Seit 10 Jahren litt ich an Husten
und Atembeschwerden, mit 2 Flaschen vom
Leiden erlöst. Ein Versagen niemals fest-
gestellt. Dr. K. Solche und ähnliche Urteile
liegen in Menge vor. Nehmen auch Sie bei
Husten, Asthma und Verschleimung nur
Husta-Glycin, Fl. RM. 1.65, Probefl. RM. 1.—
Rustobens (Bonn), Dose RM. 2.25, Hülle
unter Garantie. — Erhältlich:

Drogerie Feldmann,
Neustr. 12. Tel. 2241.

3 Zimmer- wohnung

gekauft.
Offerten erbeten mit
Nr. 8071 an die Ge-
schäftsstelle ds. St.

Inserieren bringt Gewinn!

15000 Jäger u. Landwirte

trugen 1932 die **garantiert wasserdichten, handgearbeiteten
Dorsch-Jagdstiefel, der beste Beweis für Qualität
und Preiswürdigkeit. Ein Grund für mich, den Alleinverkauf der**

Dorsch-Jagdstiefel

für den Niederrhein und Westfalen zu übernehmen. Verkauf zu Original-
Listenpreisen ohne Aufschlag für Maßanfertigung mit Anprobe.

Anruf 3227 genügt!

Jetzt kaufen! Häutepreise in 3 Monaten 50 Prozent gestiegen.

David-Preise

unverändert niedrig, wie Schuhpreise seit 20 Jahren nicht waren.

Einige Beispiele:

Landschuhe	3.40 an	Damen-Lackschalen	3.75 an
von	von	mit Lederbrandschalen	von
Ledergamaschen	5.90	Damen-Spangen	3.75 an
schwarz und braun, la Markenfabrikat		in braun und schwarz	von
Herren-Halbschuhe	3.90 an	Damen-Schneeschuhe	3.75
schwarz und braun	von	bestes Fabrikat	

Damen-Hausschuhe von 0.85 an.

Jedes Kind erhält beim Einkauf von 3,— Mk. einen **Riesenzeppelin.**



Das Schuhhaus für Qualitätswaren!

Bevor Sie kaufen, vergleichen Sie bitte meine Preise und Qualitäten.



Lingel-Qualitäten
Lingel-Paßformen
bei billigster Preisstellung
sind unerreicht

Lingel — gegr. 1872 —
ist die führende deutsche
Spezial-Herrenschuhfabrik

Hauptpreislisten:
8 10 50 12 50

LINGEL

Schuhhaus Wendholt,

Nordstraße 28. Telefon 2439.
Beachten Sie bitte meine Spezial Lingel-Ausstellung

5 Jahre Rekers-Schuhe

(Neueröffnet am 12. November 1927)

Aus diesem Anlaß veranstalten wir ab heute, 8 Tage lang, eine
Werbewoche, die unsern Kundenkreis erweitern soll und
unsere Stammkunden besonders günstige Gelegenheit bietet, den
Winterbedarf in Schuhwaren aller Art jetzt besonders preiswert
einzukaufen.

Wir verweisen ganz besonders auf die große vielseitige Auswahl
in warmen

Hausschuhen, Ueberschuhen etc.

zu deren Anschaffung Kleingeld genügt.

Kinder in Begleitung der Eltern erhalten beim Kauf den beliebten Riesen-
zeppelin gratis.

Schuhhaus Rekers

Bocholt
Das Schuhhaus für alle. (8075g)

Dorsch- Lebertran-Emulsion

vitaminreich, wohlschmeckend

Geben Sie Ihrem Kinde Lebertran,
Es wird gesund und kräftig.
Lebertran ist ein bewährtes Nähr- und
Kräftigungsmittel, knochenbildend, ver-
daulichkeitsfördernd. (8024e)

Die Preise sind gewaltig ge-
senkt: Kleine Fl. 0.99, gr. Fl. 1.15
1/2 Ltr.-Fl. 1.75, Ltr.-Fl. 3.00.

Ossin-Eierlebertran Flasche 1.95

Drogerie Feldmann,

Neustraße 13. Fernruf 2241.

Wichtig!

Außer Wäsche-Rüthen
und Pelz im stehen
Schweinefleisch

lassen

zum Ausleihen bei
Schneidemeister
Giesen, Münsterstr.
und bei H. Telaar,
Welfenstr. Nr. 8
Leihgebühr ist beim
Empfang zu entrichten.

Freuen Ihre
Schweinefleisch?

Kommen Sie nicht voran
durch Husten, Nusschlag
(Grind), Knochen-
schmerz?

Sun C hilft! Erfolg
garant. in 5-8 Tagen.

Drog. Maack, Bocholt,
Osterstr. 25,
Drog. Schmitt, Mül-
burg, (8034b)
Drog. Schilling, Rheine

Ladenlokal

mit 11 Nebenraum
im Hause Münster-
straße 70 ist zum 1.
1. 33 anderweitig
zu vermieten
Nähere Auskunft
wird erteilt
Münsterstraße 70



gewürzte Mineralwasserlebensmittel

Freuen Ihre
Schweinefleisch?

Kommen Sie nicht voran
durch Husten, Nusschlag
(Grind), Knochen-
schmerz?

Sun C hilft! Erfolg
garant. in 5-8 Tagen.

Drog. Maack, Bocholt,
Osterstr. 25,
Drog. Schmitt, Mül-
burg, (8034b)
Drog. Schilling, Rheine

Ladenlokal

mit 11 Nebenraum
im Hause Münster-
straße 70 ist zum 1.
1. 33 anderweitig
zu vermieten
Nähere Auskunft
wird erteilt
Münsterstraße 70

5 Jahre Rekers-Schuhe

(Neueröffnet am 12. November 1927)

Aus diesem Anlaß veranstalten wir ab heute, 8 Tage lang, eine
Werbewoche, die unsern Kundenkreis erweitern soll und
unsere Stammkunden besonders günstige Gelegenheit bietet, den
Winterbedarf in Schuhwaren aller Art jetzt besonders preiswert
einzukaufen.

Wir verweisen ganz besonders auf die große vielseitige Auswahl
in warmen

Hausschuhen, Ueberschuhen etc.

zu deren Anschaffung Kleingeld genügt.

Kinder in Begleitung der Eltern erhalten beim Kauf den beliebten Riesen-
zeppelin gratis.

Schuhhaus Rekers

Bocholt
Das Schuhhaus für alle. (8075g)

Freuen Ihre
Schweinefleisch?

Kommen Sie nicht voran
durch Husten, Nusschlag
(Grind), Knochen-
schmerz?

Sun C hilft! Erfolg
garant. in 5-8 Tagen.

Drog. Maack, Bocholt,
Osterstr. 25,
Drog. Schmitt, Mül-
burg, (8034b)
Drog. Schilling, Rheine

Ladenlokal

mit 11 Nebenraum
im Hause Münster-
straße 70 ist zum 1.
1. 33 anderweitig
zu vermieten
Nähere Auskunft
wird erteilt
Münsterstraße 70

Aus

Reichsarbeitsgesetz
des

Auf Grund des
1931 hatte die St.
Ordnung gefündigt
geringeren Teil m
und zu neuen
stellen. Die Or.
angekündigt n
den gefündigt wer
gestellten Mitglie
gab der Klage Ha
aus' grundfä
heit auch durch d
wurde den Or.
aber entschied das
Stadt M in ste
Notverordnung die
Die Beträge könn
licher Kündigung

Seh

Wie aus zuverlässi-
gen Nachrichten an die
am Niederrhein v
den Verkauf geh
schaft der Seche Sa
Betrieb der Seche
Außerdem heißt es
Seellen verli
der neuen Bestir
Aus Anlaß des B
auch der neue m
Pünder und Lan
die alle die mit d
hängenden Fragen
Maßnahmen zur W
Stillelegung der
Amts- und Gemein
Bedeutung wü
erwerbslos, wa
tellen Direktions
Amt Heelen, beson
finanzieller und w
auswirkte wü
Sprechung be
Landrat noch die
der Seche ist der
Rhein-Preußen g
Konzerns liegen
Ioff der Konzern
um die Sandf
der Rhein ausau
wegen der geant
der nite des gan
hätte und deren
der der Seche d
ständiger Aufwä
regung bemächt
licht, daß die St
eines großen St
wirtschaftlichen Unter

† Münster, 10.
Lebensjahr vollendet
Industrie- und Hand
Wurk, 32 Jahre
schiffe der Kammer
mit feinem Einfühl
Sachkenntnis Dienst
als geleistet. Die
Geschäftsführung des
bestehenden Einri
angewachsen, dessen
Münster entp
Anforderungen st
kriegszeit an die V
Kammer. Wolf Boch
der Verhältnisse ger
nes gedenken. W
hat Herr Dr. W
gehabt. 16 Jahre
5 Jahre im Magistr
Urteil des Herrn D
meinwohl wertvoll
Wurk in den Ruhe

† Münster, 10. N
bahndirektionsbez
Wache in Münster
triebwerksführer
Ab-Oberleitenden;
die Ab-Oberleitenden;
führer Emmerich in
born in Coesfeld
führen; Stationsp
Ab-Oberleitenden;
tern. Gaer in Mü
Bentheim zu Stell
fahrten Jüter von
Oppein); die Ab-O
Grenzen nach Em
Rheine; Oberbahn
Barendorf; die ap.
nach Papenburg, L
Zivilpensionsnum
die Ab-Oberleitenden
und Gröblich von
Peters von Bulber
Trieler von Hallen
Stof; von Hallen
alltinent Einhart von
wärer Werkmann
berst von Warend
verleitet: Ab-Ober
Überleitendenführ
in Hallen; die Ab
Gerdes in Salzberg
Philipp in Kirchwe
in Rheine; die Ab
Mers in Lingen; O
heim: Oberleitend
rangiermeister Die
Lugendburger und
Steyer in Ermel
Stellwerksmeister
then, Vöpping und
Bergen; Obermalh
weigenwärtiger Ba
Oberleitender Wä
ner Wohl in Lingen
schaffner Kreienla
Mörs in Bocholt, L
gen, Beder in Mü
in Bentheim, Hed
die Oberleitender
Schmidt in Diepholz
Münster; die Justiz
Schäper in Diepholz
ter, Timpe in Salz
Appelhofen und
Zies in Coesfeld; A



mit den 3 Tonnen

Jetzt Beutel 35 Pfg.
Dose 40 und 75 Pfg.

Zu haben bei:
Arens-Marien-Apoth.
Löwen-Apoth., Drog.
Wüll. Bruns, Drogerie
Feldmann, Germania-
Drogerie, Geschwister
Hoepfner, Drog. Carl
Maas, Stern-Drogerie
A. Steiner, Drogerie
Gebr. Steiner, Aloys
Gotteler; Dingens
Drog. H. Schleiken;
Jesselburg; Drog.
J. Schmück; R. Hede
Hirsch-Apoth., Markt-
Drog. Th. Schilling u.
wo Plakate sichtbar.

John Garner, einer der jähigsten amerikanischen Parlamentarier, wurde zum Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten gewählt; er war bisher Sprecher des Repräsentantenhauses.

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

× Berlin, 10. November.
In der Burgstraße stand man heute recht stark unter dem Eindruck des Verlaufes der gestrigen New Yorker Börse.

In Europa hatte man allgemein damit gerechnet, daß der überwältigende Sieg Roosevelts von der Stoc. Exchange mit einer Haufe beantwortet werden würde. Heute suchte man nach einer Begründung für die schwächere Tendenz Wallstreets und neigte vornehmlich zu der Annahme, daß die Tendenz von Seiten der Republikaner künstlich beeinflusst worden sei. Tatsächlich dürfte der bevorstehende Systemwechsel in den USA allgemein zur Zurückhaltung geneigt haben, jedoch die durchaus natürlichen Gattstellungen durch die vorangegangenen drei festen Börsen eben zu einem Rückgang führen mußten.

Das gleiche technische Moment bewirkte auch in Berlin einen gewissen Rückschlag, wenn die Verkaufsbefehle des Publikums und der Spekulation waren keineswegs besonders umfangreich und aus der deutschen Wirtschaft meldete man keine irgendwie ungünstigen Entwicklungen. Trotz der unvorhersehbaren Enttäuschung und der im allgemeinen bis zu 2 Proz. verminderten bis zu 3 Proz. niedrigeren Anfangsnoteierungen war die Grundstimmung nicht eigentlich schwach.

Allerdings lösten auch die Unruhen in Genf und Lausanne und die damit zusammenhängende Schwäche in Zürich, die sich hier am Platz in einen Rückgang der Chasaktien um 6,5 M. auswirkte, Verstimmung aus.

Das Angebot in diesem Papier belief sich allerdings nur auf 5000 Aktien. Im Verlaufe der letzten drei ruhigen Geschäftstage geringfügige Abweichungen nach oben und unten, deren Ursache nur bis zu einem halben Proz. betrug. Auch am Anlagemarkt ist die Kaufbewegung zum Stillstand gekommen. Mißbilligende, Reichsschuldensforderungen, Industriebeteiligungen und Pfandbriefe verloren bis zu 1 Prozent. Reichsbankaktien und Reichsschuldensforderungen waren etwas besser gehalten für Kommunalobligationen und Reichsbahnobligationen waren sogar anfangs noch kleinere Befestigungen festgehalten. Später wurde es auch hier etwas schwächer. Ausländer lagen weiter sehr ruhig und nicht ganz einheitlich. 4,5 Proz. Rumänen waren um 1/2 Proz. gedrückt, während Anstalt 0,25 Proz. gewinnen konnten.

Am Berliner Geldmarkt war Tagesgeld angesichts des Steuertermins und verschiedener fälliger Zahlungen etwas teurer und mit 4 1/2 Proz., eher aber mit 4,25 Proz. an der unteren Grenze gehandelt, während Monatsgeld unverändert 5-7 Proz. notierten. Privatdiskonten waren eher angeboten. Reichsschuldensforderungen und Reichsbankaktien fast ungelöst.

Die „kleinen“ Steuergutscheine.

Seit dem 1. November d. J. sind die Steuergutscheine mit den Nennbeträgen über 100 M. und darüber an der Börse eingeführt. Um den Besitzern von Steuergutscheinen über 50 M. die Verwertung ihrer Gültigkeit zu ermöglichen, ist nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministeriums, Vorzüge getroffen, daß diese Steuergutscheine von den Eigentümern zum Durchschnittswert der fünf Jahresfälligkeiten der an der Börse eingeführten Steuergutscheine, der am Tage vorher notiert ist, veräußert werden können. Durch einen Kursabschlag in Höhe von 0,5 Prozent des Nennwertes werden alle Verkaufspreise der sogenannten Manipulationsgebühr abgezogen. Auf Veranlassung des Reichsministers der Finanzen haben der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, die Berliner Stempelvereinigungen, der Deutsche Sparkassen- und Giroverband, der Reichsverband der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Raiffeisen e. V., der Deutsche Genossenschaftsverband e. V. und der Verband Deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten sowie die Deutsche Zentralgenossenschaftsbank, die ihren angeschlossenen Instituten den Verkauf der kleinen Steuergutscheine zu den obigen Bedingungen dringend zu empfehlen. Danach wird also jeder Besitzer von Steuergutscheinen über 50 M. in der Lage sein, diese Gültigkeit den genannten Verbänden angeschlossenen Instituten, den Banken, Sparkassen und Genossenschaften, in der oben angegebenen Weise zu verwerfen.

Verlängerung der Zinsverbilligung für die auf Getreidelagererhöhen gewährten Kredite.

× Berlin, 10. November.
Entsprechend der von der Reichsregierung neuerdings zugestandenen Zinsverbilligung für eine einmalige Verlängerung der gegen Ordrelagererhöhen erteilten Wechsel wird auch für Lombardkredite, die von Landwirten im Wege der Lombardierung von Getreide-Ordrelagererhöhen

nen bei Reichsbankanstalten aufgenommen sind, eine Zinsverbilligung über die erste viermonatliche Laufzeit des Kredites auch für den 5. und 6. Monat gewährt.

Ruthen für Sparerschub.

Der Volksbund zum Schutz ersparten Vermögens gegen Angriffe auf Vertragsrecht und Währung (Sparerbund) hat sich nach seiner Gründung an die Reichsregierung, an alle Länderregierungen, an die Reichsbank und zahlreiche andere maßgebende Stellen gewandt, um sie über seine Bestrebungen zum Schutze der deutschen Sparer zu unterrichten. Reichsbankpräsident Dr. Luther hat in dem folgenden, besonders interessanten Schreiben geantwortet:

„Ich habe aus Ihrer freundlichen Mitteilung von der Gründung des Volksbundes zum Schutz ersparten Vermögens gegen Angriffe auf Vertragsrecht und Währung sowie von dem Aufruf dieses Volksbundes mit besonderem Interesse Kenntnis genommen. Notizen erfordern Maßnahmen, und es ist wünschenswert, daß die Sparer sich zum Schutze ihrer oft mühsam erarbeiteten und dem täglichen Konsum abgerungenen Ersparnisse organisieren. Hier liegt in der Tat eine große soziale und wirtschaftliche Aufgabe, die sowohl im Interesse der vielen Millionen Sparers als auch zum Schutze des wirtschaftlich und sittlich so wichtigen Sparfins und zur Förderung der unentbehrlichen nationalen Kapitalbildung gepiegt werden muß. Es ist besonders erfreulich, daß diese Pflege der Sparerinteressen in volkswirtschaftlichem Sinn verstanden wird, was die im Rahmen des Vertragsrechts mögliche Berücksichtigung der Lage des einzelnen Schuldners nicht ausschließt. Richtig und auf breiter Basis betrieben, kann die Bundesarbeit eine vaterländische Tat von großem Ausmaß werden; jedenfalls aber wird sie ein erfolgreiches Instrument in dem gegenwärtigen Ringen um den Wiederaufstieg unserer nationalen Wirtschaft sein.“

„Vorabstimmung“ im Berliner Einzelhandel.

Die Einzelhandelsvereine Groß-Berlin e. V., in der die Kaufverbände des Berliner Einzelhandels korporativ vereinigt sind, hatte eine Delegiertenversammlung einberufen, in der über die Frage des Verbleibens oder Ausscheidens der Warenhäuser und Großfilialbetriebe in der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels abgestimmt wurde. Hierbei ergab sich, daß 34 Stimmgruppen für den Verbleib der Großbetriebe in der Hauptgemeinschaft und 18 Stimmgruppen für deren Ausscheiden eintreten. Einige wenige Kaufverbände mit insgesamt fünf Stimmen waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

Der deutsche Außenhandel.

Nach der vierteljährlichen Länderübersicht hat die rückläufige Bewegung der Einfuhr im dritten Vierteljahr angehalten. Mengenmäßig beträgt die Abnahme der Einfuhr gegenüber dem vorangegangenen zweiten Vierteljahr rund 3 v. H. Da die Durchschnittswerte für die Gesamteinfuhr um etwa 4,5 v. H. gesunken sind, ergibt sich für den Wert der Gesamteinfuhr eine Abnahme von fast 7,5 v. H. Die Einfuhr entspricht ein Rückgang um 8,5 Mill. M. von denen 47 Mill. M. auf die Einfuhr von Lebensmitteln, 24 Mill. M. auf die Rohstoffeinfuhr und 15 Mill. M. auf die Fertigwareneinfuhr entfielen. In Bezug auf die Preisbewegung ist bemerkenswert, daß die Durchschnittswerte für eingeführte Rohstoffe nur um annähernd 3 v. H. gesunken sind, während die Durchschnittswerte für eingeführte Lebensmittel um 6,5 v. H. und für die Fertigwaren um 5,5 v. H. niedriger liegen als im zweiten Vierteljahr.

Der Einfuhrrückgang entfällt überwiegend auf die Warenbezüge aus Übersee, die um 82 Mill. M. abgenommen haben. Insbesondere ist die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten von Amerika (— 39 Mill. M.) zurückgegangen. Der Rückgang der Einfuhr aus Europa beträgt nur 22 Mill. M. und zeigt sich in erster Linie bei den Warenbezügen aus Spanien (— 12 Mill. M.), der UdSSR (— 11 Mill. M.). Die Einfuhr ist vom zweiten zum dritten Vierteljahr der Menge nach um 0,5 v. H. gestiegen. Da jedoch die Durchschnittswerte der Gesamteinfuhr um 6 v. H. (der Fertigwaren allein um 5 v. H.) gesunken sind, ergibt sich dem Wert nach ein Ausfuhrückgang um rund 5,5 v. H. (bei den Fertigwaren um 8 v. H.). Von dem Gesamtrückgang der Einfuhr um 79 Mill. M. entfallen 74 Mill. M. auf die Warenlieferungen nach den europäischen Ländern. Insbesondere hat die Einfuhr nach der UdSSR (— 46 Mill. M.), nach Frankreich (— 25 Mill. M.) und nach der Tschechoslowakei (— 8 Mill. M.) abgenommen.

Nach einigen Ländern hat die Einfuhr eine leichte Zunahme erfahren; in bedeutendem Umfang hat der Warenabfall nach Großbritannien (plus 21 Mill. M.) zugenommen. Für den Zeitraum Januar-September 1932 (1931) schließt die Handelsbilanz mit einem Ausfuhrüberschuss in Höhe von 847 Mill. M. (1932 847 Mill. M.) ab. Es beträgt der Ausfuhrüberschuss im Warenverkehr mit

anwesend. Die Einzelhandelsvereine Groß-Berlin e. V. in der die Kaufverbände des Berliner Einzelhandels korporativ vereinigt sind, hatte eine Delegiertenversammlung einberufen, in der über die Frage des Verbleibens oder Ausscheidens der Warenhäuser und Großfilialbetriebe in der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels abgestimmt wurde. Hierbei ergab sich, daß 34 Stimmgruppen für den Verbleib der Großbetriebe in der Hauptgemeinschaft und 18 Stimmgruppen für deren Ausscheiden eintreten. Einige wenige Kaufverbände mit insgesamt fünf Stimmen waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

Märkte.

Metalle.

Berlin, 10. Nov. Elektrolytkupfer (Wirebars) 52,25 M. für 100 kg netto c/o Hamburg, Bremen oder Rotterdam. Aluminium 98-99 kg 31. 160, Aluminium i. Balz. o. Dr. 164, Reinnickel 98-99 kg 350, Antimon-Regulus 37-39, Silber in Barren 900 t 38-41,25.

Vorkamer Viehmarkt.

× Berlin, 10. Nov. Auftrieb: 72 Pferde und Fohlen, 37 Stück Rindvieh und 450 Schweine. Preise: Pferde 1. Sorte 450-600 M., 2. Sorte 350-500 M., 2 1/2-jährige 300-350 M., einjährige 200-300 M.; Rindvieh 1. Sorte 250-350 M., 2. Sorte 200-300 M. Ferkel kosteten pro Alterswoche 0,75-1 M. — Nächster Vieh- und Krammarkt am 29. November.

Schlachthofmarkt Osnabrück.

× Osnabrück, 10. Nov. Auftrieb: Großvieh 83, Kälber 74, Schweine 440. Es folgten: Bullen: a) —, b) 22 bis 24, c) 18-21; Kühe: a) 24-27, b) 20-23, c) 16 bis 19; Ferkel 19-30; Kälber: a) —, b) 44-47, c) 38-43; Sauen: 30-38. Marktverlauf: mittel. Die vorliegenden Preise sind Marktpreise am Osnabrücker Schlachthof und sind nicht mit Stallpreisen zu verwechseln. Nächster Markt am 17. November.

Darmstädter Viehmarkt.

× Hamburg, 10. Nov. Auftrieb: Ochsen 640, Querein 501, Bullen 160, Kühe 332, Ferkel 21, Stützgehirn der inf. Rinder 1654, Stallmästische 130, Weidemästische 902. Es folgten: Ochsen: a) 29-31, b) 26-28, c) 19 bis 23, d) 11-16; Kühe: a) 30-31, b) 25-28, c) 19 bis 23, d) 11-16; Bullen: a) 25-27, b) 20-24, c) 16 bis 19, d) 11-14; Kälber: a) 24-26, b) 19-23, c) 13-17, d) 8-12, vorausgesetzt. Bahnverlad 400; Schafe: a) 29 bis 30, b) 22-26, c) 16-19, d) 7-10. Marktverlauf: Kühe gut; Schafe mäßig reg.

Dortmunder Getreidebörse.

× Dortmund, 10. Nov. Weizen 75-76 kg 20,5 bis 20,75, Weizen 71-72 kg 16,5-16,75; Weizen. Hafer 51-52 kg 16,25-16,5, 50-51 kg 15,75-16, Wintergerste 62-63 kg 19,25-19,5, Wintermais 17,75-18, Cinquantino Mais 18,5-18,75, Weizenmehl, Badermehl 29-29,25, olt. Roggenmehl 23, Weizenkleie 9,25-9,75, Roggenkleie 7,5-8, Trodeninmehl 9-9,25, Futterinmehl 10,75 bis 11. Tendenz: Weizen fest, Handelsklassen ohne Angebot. Diese Preise sind Großhandelsverkaufspreise und verstehen sich per 100 kg waggontfrei Dortmund, in

Der Warenverkehr mit den wichtigsten Ländern.

Länder	Einfuhr	Ausfuhr
Insgesamt	3444,4	4291,2
Europa	1845,1	3478,6
darunter:		
Belgien-Luxemburg	110,6	220,4
Dänemark	88,7	126,1
Polen	40,7	52,3
Frankreich	139,0	368,6
Großbritannien	195,5	327,9
Italien	130,8	164,0
Jugoslawien	16,7	33,5
Niederlande	209,1	471,0
Norwegen	35,9	75,4
Desterreich	43,9	122,1
Rumänien	53,6	441,5
Schweden	65,7	166,3
Schweiz	70,4	308,5
Spanien	73,4	67,0
Tschechoslowakei	100,6	191,9
U. d. S. S. R. (Rußland)	221,1	485,9
Ungarn	157,0	810,3
Witka	187,0	81,8
Ägypten	434,9	301,8
darunter:		
Britisch-Indien	117,8	82,7
China	132,7	63,0
Japan	13,4	61,6
Amerika	869,4	408,2
darunter:		
Vereinigte Staaten v. Amerika	434,1	206,6
Argentinien	147,3	65,9
Brasilien und Südamerika	85,7	18,5
Eismeer und nicht erm. Länder	24,3	2,3

zahlungen von 15 000 kg; bei Mehl zu Mühlen-Konten-tions-Bedingungen.

Berliner Produktenbörse.

× Berlin, 10. November.
Bei ruhigem Geschäft zeigte die Produktenbörse heute wieder ein festes Aussehen. Die Landwirtschaft ist mit Angebot von Brotgetreide gegenwärtig sehr vorrätig, jedoch die Mühlen bei auftretendem Bedarf für Weizen etwa 2 M. höhere Preise bewilligen müssen. Auch am Roggenpromptmarkt ist das Offertenmaterial mäßig und da die Staatliche Gesellschaft nach wie vor Ware aufnimmt, vermochte sich das Preisniveau um etwa 1 M. zu bessern. Am Lieferungsmarkt eröffnete Weizen 3,5, Roggen bis 1,75 M. höher, die Besserung der Reports für die späteren Sichten ist lediglich auf das knappe Offertenmaterial in prompter Ware zurückzuführen. Für Weizen- und Roggenexportmehle waren auch höhere Preise zu erzielen, dagegen fehlt es am Mehlmarkt an neuwertigen Anträgen. Die Forderungen für Weizenmehle sind zwar verhältnismäßig erhöht, bleiben aber schwer durchzuführen, Roggenmehl wird zu unveränderten Preisen angeboten. Das Geschäft beschränkt sich in der Hauptsache auf die Deckung des Tagesbedarfs. Safer liegt bei mäßigem Offertenmaterial ziemlich fest. Am Gerstenmarkt hat sich die Situation nicht verändert. Abkühlte sichern zumeist an der zu großen Spanne zwischen Forderungen und Geboten.

Bremen: Baumwolle (amtlich).

10. 11.	9. 11.
loko	7,10
Dezember	7,12
Januar	7,14
Februar	7,16
März	7,18
April	7,20
Mai	7,22
Juni	7,24

Liverpool: Baumwolle

10. 11.	9. 11.
loko	5,44
Dezember	5,46
Januar	5,48
Februar	5,50
März	5,52
April	5,54
Mai	5,56
Juni	5,58

Liverpool: Ostindische Baumwolle

10. 11.	9. 11.
loko	5,44
Dezember	5,46
Januar	5,48
Februar	5,50
März	5,52
April	5,54
Mai	5,56
Juni	5,58

New Orleans: Baumwolle

10. 11.	9. 11.
loko	6,34
Dezember	6,36
Januar	6,38
Februar	6,40
März	6,42
April	6,44
Mai	6,46
Juni	6,48

New York: Baumwolle

10. 11.	9. 11.
loko	6,40
Dezember	6,42
Januar	6,44
Februar	6,46
März	6,48
April	6,50
Mai	6,52
Juni	6,54

Geschäftsstatistik
Baumwollzufuhr in Atlantischen Häfen 1000
Baumwollzufuhr in Golf-Häfen 33000
Zufuhr in Pacific-Häfen
Export nach England 14000
Export nach Frankreich 25000
Export nach Japan und China
Fracht zu Liverpool f. stark gepr. Ballen
Fracht für Standard

Geschäftliches.

Fußball-Länderkampf Deutschland — Holland

am 4. Dezember 1932 in Düsseldorf.

Diese Begegnung wird bei den Freunden des Fußballsports die allgrößte Beachtung finden. Es ist daher mit Freude zu begrüßen, daß die Eintrittspreise für den Fußball-Länderkampf äußerst niedrig gehalten sind. Wie zu den früheren internationalen Fußballspielen werden auch zu dem Spiel im Düsseldorf Rheinstadion ermäßigte Sonderfahrkarten und zwar mit sehr gut eingerichteten Autobussen veranstaltet. Der Preis für die Fahrt stellt sich auf Münster nach Düsseldorf und zurück auf 4 M. Eintrittspreise sind zu 1, 1,50, 2, 2,50 und 4 M. vorhanden. Für die Sitzplätze wird ein Zuschlag aus Olympia-Spenden 1936 von 20 Pf. erhoben. Für Ermäßigungen stehen Stehplätze zu 50 Pf. zur Verfügung. Es ist allerdings notwendig, daß die Anmeldung möglichst bald erfolgt. Auch von den früheren Fahrten her ist bekannt, daß die Eintrittskarten mehrere Wochen vorher ausverkauft sind. Anmeldungen sind umgehend an M. Lüder, Münster i. W., Drubbel 4, Fernruf 23209, zu richten.

Verwaltungs-Sonderzug
zum
Fußball-Länderkampf
Deutschland-Holland
am 4. Dezbr. in Düsseldorf
8.02 Uhr ab Osnabrück an 23.10 RM. 7,00
8.22 „ „ „ 22.49 „ 5,00
8.53 „ „ „ 22.17 „ 5,00
9.21 „ „ „ 21.45 „ 3,80
9.35 „ „ „ 21.30 „ 3,30
11.15 „ „ Düsseldorf ab 19.55
Eintrittskarten zum Preise von 0,75, 1,-, 2,-, 2,50 und 4,00 Mk. vorrätig.
Auskunft und Anmeldung beim
Verkehrsverein Münster,
Prinzipalmarkt 8/9. Fernruf 26977.

Das schönste
Weihnachts-
Geschenk
ist ein
Glimbik-
Sessel
aus der Spezialwerk-
statt
Münster, Stuhengasse 21

Getragene Maß-Anzüge
von besseren Herrschaften, von 8.- Mk. an
einzelne Herren. Solen. 20.- Mk. an
Partiwarenhaus Lewenthal
Münster i. Westf., Königsstraße 44

Wir wurden zur
Bekanntmachung
folgendes Schreiben erteilt:
Am 13. d. M. 18. d. Stelle ich bei dem Stm. garten Mobilien wechsellagernd o. M. b. H. Stuttgart, Tübingen Str. 66, drei Darlehensanträge über RM. 3000,-, RM. 4000,- sowie RM. 5000,- zusammen RM. 12 000,-.
Nach Antragstellung zahlte ich sogleich 20 % der beantragten Summe und in dem Monat Juli u. August die erforderlichen Sparzinsen auf das bei der Commerz- u. Privatbank, Filiale Stuttgart, geführte Treuhandkonto ein. Nach Erfüllung dieser bedingungslosen Pflichten erlaube ich mir nach Ablauf einer Wartezeit von sechs Monaten die obigen drei Darlehensbeträge prompt auszusahlen.
Bei der heutigen Kreditnot kann ich jedoch, der ein unbedingtes, unverzügliches und in eidersten Monat ein gültiges Darlehen wünscht, nur bestenfalls, wenn die obigen Verträge volles Vertrauen entgegen zu bringen und zur Deckung des Geldbedarfes dienen könnten in Anspruch zu nehmen.
Dr. jur. F. Hartmann
Stuttgart, Reimsbergstraße 46.
Stuttgarter
Mobilien-Zweckverband e. V.
Mitglied des Prüfungsausschusses der
Deutschen Zweckverbände e. V.
Landesdirektion
E. Meyer, Münster i. W.,
Hohenzollernring 14. Telefon 41387.
Bes.-Dir. B. Lepping, Coesfeld i. W.,
Dülmener Straße 41.

Subin
Subin ist ein gutes Mittel für Schweine
gegen Lehmheit, Steifheit, Knochenweichheit
und zur Anregung der Fruchtbarkeit.
Zu haben in Apotheken und Drogerien.

Ulster, Paletots
wenig getragen, v. besseren Herrschaften
auch für stärkere Herren, von 10 Mk. an
Jacket-Anzüge
von 9.- an
Gehrock ... 17.-
Smoking ... 23.-
Cinz. Hosen ... 2.-
Auch der weiteste Weg lohnt sich.
Jakobson
Münster i. W.,
Windthorststr. 50
Warnung! Achten Sie auf die
Firma u. Hausnummer
50 50

Bräutigam's
Knoblauchsaff
buttrinfend, appetitanreg., kräft. empf. bei Kr-
vennauk., hohem Blutdruck, Rheuma, Gicht,
Nerven-, chron. Bronchitis, Lungenleiden,
Darm- und Magenstörung, Würmern, Eisenmangel
Mk. 2,75, 1/2 Flasche (Kassenz.) Mk. 1,45
Bräutigam's
Rastanien-Sirap
schützt Sie und Ihr Kind vor Husten, Keuch-
husten u. Katarrhen. Privatpack. ca. 250 gr. Mk. 2,15
Kassenzack. ca. 150 gr. Mk. 1,30 pro Fl. Zu haben in
den Apotheken und Drogerien.
A. Bräutigam & Co., Hamburg 8.

24. Volkswohl-
Lotterie
zu Gunsten der deutschen
Arbeitslosen- u. Jugendhilfe
Ziehung: 18. November.
Höchstgewinn im Werte v. 150 000 RM.
Hauptgewinne:
100 000.- Mk.
50 000.- „
30 000.- „
20 000.- „
10 000.- „
usw.
Doppellos RM. 2.-, Einzellos RM. 1.-.
Glücksbrief mit 5 Losen RM. 5.-,
Porto und Liste RM. 0,35 extra.
Lose zu haben bei der
Anzeigenverwaltung der Zeno
Münster i. Westf., Servatiusplatz 33a

Plattene
billig abgegeben.
Selbst Riemann,
Münster i. W.,
Rindfleisch 22.
Eber
zu kaufen gesucht.
Offerten mit ungenähr-
tem, dem Preis-
angeben an
H. Ebermann,
Offen i. W.

Wer beteiligt sich an
der Ausnutzung eines
Patentes in England,
Frankreich u. U. S. A.
Hoher Gewinnanteil.
In anderen Ländern
bereits nachgelassener
Erlös, Schilling, An-
gebote im „Ausland-
patente“ an die An-
genwartung der Zeno,
Münster.

Dünger
Ruh- u. Werdendünger,
liefert viel Gärten jeder
Zeit
Kaufte, Gut Nepping-
hof b. Münster i. W.,
Telefon 40800.

Garagen
aus Stahl, Weiblich oder
Beton
Achenbach
aus Stahl, Weiblich oder
Beton
Verreter:
H. H. Becker,
Münster, Scharnhorst-
straße 84. Tel. 23374.

Gerichte
Jung. Mädchen, (24
J., 5' 7\"/>

Am 4. Dezember 1932 in Düsseldorf.
Diese Begegnung wird bei den Freunden des Fußballsports die allgrößte Beachtung finden. Es ist daher mit Freude zu begrüßen, daß die Eintrittspreise für den Fußball-Länderkampf äußerst niedrig gehalten sind. Wie zu den früheren internationalen Fußballspielen werden auch zu dem Spiel im Düsseldorf Rheinstadion ermäßigte Sonderfahrkarten und zwar mit sehr gut eingerichteten Autobussen veranstaltet. Der Preis für die Fahrt stellt sich auf Münster nach Düsseldorf und zurück auf 4 M. Eintrittspreise sind zu 1, 1,50, 2, 2,50 und 4 M. vorhanden. Für die Sitzplätze wird ein Zuschlag aus Olympia-Spenden 1936 von 20 Pf. erhoben. Für Ermäßigungen stehen Stehplätze zu 50 Pf. zur Verfügung. Es ist allerdings notwendig, daß die Anmeldung möglichst bald erfolgt. Auch von den früheren Fahrten her ist bekannt, daß die Eintrittskarten mehrere Wochen vorher ausverkauft sind. Anmeldungen sind umgehend an M. Lüder, Münster i. W., Drubbel 4, Fernruf 23209, zu richten.

aus war das vielstet-
gleichen Weltkrieg
jungen, die er im C
Krieg und Nachk
Sozialpolitik grundl
dieser Wandlung s
nur der grundsätzl
soll hier an den en
werden. Der erste
daß die Sozialpolit
kriegszeit sich imm
politik entwickelt.
früher die helfende
aus den Menschen in
gereicht wird, nachd
denndem Maße für
und mitverantwortl
hat auch nicht mehr
schlafende soziale G
nachdem „soziale W
Weltwirtschaft eingeb
Sozialpolitik heute d
lichen Gesellschaft zu
Zusammenhalt von
zu garantieren. An
Innen- und Außenpo
politische Blickfeld v
Bedeutung. Die ge
totale Erfassung der
Ein zweiter wich
Sozialpolitik der Rad
Maße durch gegen de
mus des alten libe
Besonders die aufkom
einem neuen Lebens-
das auf der einen Sei
Seite mehr sozialisti
ist in der Ablegnung
rationalismus. Der Gla
sogenannten „Wirtsch
greift die gesellschaftl
Sozialpolitik.